

ALLIANZ GROUP

# Journal

Deutsche Ausgabe 1|2011

## Kolumbus kam nur **bis Panama**

Kolumbien auf dem Weg zur Normalität

**12** »Europa fehlen die strategischen Köpfe«

**42** Schatz aus dem Regenwald

Allianz 



Eine gemeinsame Währung braucht einen politischen Rahmen.



Professor Werner Weidenfeld

## Meinungen

# »Europa fehlen die strategischen Köpfe«

Europa unter Beschuss: Mit Rettungsprogrammen in Milliardenhöhe versucht die EU derzeit, schwankende Mitglieder vor dem Kollaps zu bewahren und die gemeinsame Währung zu stabilisieren. Griechenland, Irland, Portugal, Spanien – fällt einer, droht eine Kettenreaktion. Wie zukunftssicher ist Europa? Fragen an den Politikwissenschaftler Professor Werner Weidenfeld.

INTERVIEW: FRANK STERN

**Herr Professor, in einem Ihrer Aufsätze haben Sie Europa das Potenzial zur Weltmacht zugeschrieben. Da dürfte man in Peking und Washington herzlich gelacht haben.**

Sie müssen sich vor Augen halten, was eine Weltmacht ausmacht. Da gibt es vier Kategorien: wirtschaftliche Stärke, politische Stabilität, wissenschaftliche Potenz und militärische Ausstattung. In allen vier Kategorien ist die Europäische Union in der Weltspitze. Das ist überhaupt keine Frage. Was fehlt, ist ein strategisches Profil. Da hat Europa nach wie vor Defizite. Doch das ist ein kultureller Prozess, da sind wir mittendrin.

**Ihr Kollege, Professor Mahbubani aus Singapur, hält die EU für geopolitisch inkompetent.**

Wenn man sich einmal die Frage der weltpolitischen Mitverantwortung vor Augen führt, dann sieht man, dass Europas Rolle in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gewachsen ist. Lange Zeit war es ein Tabu, sich überhaupt mit der Ambition zu befassen, ein politischer Machtblock zu werden. Der Einmarsch des Warschauer Paktes in Prag 1968 machte das erste Mal deutlich, dass sich die Europäische Gemeinschaft nicht aus der internationalen Politik heraushalten kann. Heute haben wir mit Catherine Ashton sogar eine Art Außenministerin der EU. Da hat sich viel getan.

**Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt meint, den Namen müsse man sich nicht merken.**

Ja gut, eine kritische Bemerkung. Zum deutschen Außenminister lässt sich auch etwas Kritisches sagen. Oder zum französischen. Es geht mir um die strukturelle Frage. Wenn die EU mit einer Stimme sprechen soll, dann braucht sie dafür einen funktionierenden Unterbau. Sie braucht ein Auswärtiges Amt. Und das ist jetzt im Aufbau. Damit will ich sagen: Man kann genauso gut eine Erfolgsgeschichte in diesem großen kulturellen Prozess hin zur Europäischen Gemeinschaft aufzeigen. Unabhängig davon gibt es ein Defizit an Strategiekultur in Europa. Wenn Sie nach



Amerika gehen, können Ihnen die politisch Verantwortlichen dort sofort sagen, was die fünf Hauptinteressen der USA sind. Fragen Sie so etwas mal einen Europäer. Der wird erstmal ratlos sein. Aber das ist ein Prozess, an dem man arbeiten kann. Der lässt sich nicht mit einem Fingerschnippen über Nacht kreieren.

**Es fehlt nicht nur die gemeinsame Strategie, sondern trotz gemeinsamer Währung auch eine einheitliche Wirtschafts- und Finanzpolitik. Kann das zur Bedrohung für den Euro werden?**

Als der Euro geschaffen wurde, wurde gesagt, eine gemeinsame Währung braucht auch einen politischen Rahmen. Sie brauchen einen Ansatz zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dass auch Frankreich sich dafür ausgesprochen hat, hat bei anderen Ländern allerdings sofort große Zurückhaltung ausgelöst. Man wollte keine politische Weisungsorientierung für die Währung, wie es in Frankreich Tradition ist, und so wurde das abgewehrt. Das führte von Anfang zu einer Schiefelage: Es gab eine starke gemeinsame Währung, aber keinen starken politischen Rahmen dafür. Den aber braucht man, wenn die Sache auch in schlechten Zeiten funktionieren soll.

**Das ist der Punkt. Wo bleibt der starke politische Rahmen?**

Die globale Finanzkrise hat hier einiges in Bewegung gebracht. In der Wahrnehmung der Europäer hat sie einen Bedeutungsschub für die Europäische Union ausgelöst. Sie können in den empirischen Umfragen sehen: Da gibt es Kritik hier und da an der Bürokratie und an anderen Dingen. Aber in einem wichtigen Punkt gibt es einen Bedeutungsschub: Die Menschen haben erkannt, dass man auf diese globale Finanzkrise nur auf europäischer Ebene antworten kann.

Allerdings machte die Finanzkrise auch die bisherigen Defizite auf dieser Ebene deutlich: In Brüssel hatte man keinen Überblick über die reale Finanzlage der Mitgliedsstaaten. Einige Länder hatten jahrelang falsche Daten geliefert. Es war ein unhaltbarer Zustand, dass die EU, die ja auch für die Stabilität des Euro Verantwortung trägt, von den haushaltspolitischen Entscheidungen der Mitgliedsstaaten, die für die Währung höchst relevant sind, überrascht wird.

Als vor ein paar Monaten die Forderung erhoben wurde, dass die EU-Kommission von solchen Entscheidungen vorher erfahren muss, um gegebenenfalls darauf Einfluss nehmen zu können, war die erste Reaktion – auch aus Deutschland: Auf gar keinen Fall! Das ist geheiligte Souveränität unseres Staates. Ein paar Monate später war völlig klar, das muss so laufen. Und jetzt wird es gemacht. Sie sehen also, wie der politische Rahmen unter der Drucksituation immer weiter ausgebaut wird. In einigen Jahren werden Sie eine Währungsunion umrahmt von einer harten, handlungsfähigen politischen Union erleben.

**Der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, plädiert für getrennte Finanzzonen, die eine angeführt von Deutschland mit dem starken Nord-Euro, die andere eine Art „Club Med“ der Mittelmeeranrainer mit dem Süd-Euro. Was halten Sie davon?**

Eine gemeinsame Währung braucht einen gemeinsamen politischen Rahmen. Der muss unterfüttert sein von wenigstens einem Hauch politischer Identität. Weder den Rahmen, noch diese Identitätserfahrung wird es in Europa in dieser Art der Teilung geben. Insofern ist es eine originelle Idee, aber eher eine für den Papierkorb. Wenn Sie jetzt bei der Währung künstlich splitten, läuft das dem Willen zur politischen Einheit

zuwider. Wäre ich Italiener, ich wäre dagegen, in eine mediterrane Gruppe abgeschoben und von Europa abgehängt zu werden.

**Geht das von Ihnen vertretene Konzept der differenzierten Integration in der EU nicht in dieselbe Richtung?**

Das ist etwas anderes. Als wir vor Jahren dieses Konzept entwickelt haben, war folgender Grundgedanke maßgeblich: Europa wächst und wächst, von ursprünglich sechs Staaten auf jetzt 27, und es werden irgendwann auch noch ein paar mehr sein. Macht es da einen Sinn, auch noch auf den Letzten zu warten, wenn auf diesem Niveau ein weiterer Schritt beschlossen wird, sagen wir, eine vertiefte Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik?

Irland zum Beispiel könnte sagen, ihre Verfassung lasse das nicht zu. Österreich verweist auf sein Neutralitätsgebot. Wenn man auf alle warten wollte, wäre Europa handlungsunfähig. Warum sollen es von den 27 nicht nur 24 machen? Das Schengen-Abkommen, Vereinbarungen zur Inneren Sicherheit – vieles gilt bis heute nicht für alle 27 EU-Staaten. Beim Euro genauso. England hat gesagt: Brauchen wir nicht. Und andere Staaten auch. Warum soll man sie zwingen? Nachdem der Zwang zur Einstimmigkeit im Vertrag von Lissabon flächendeckend weggefallen ist, wird es zu weiterer Differenzierung in der EU kommen.

**Es wurde schon darüber diskutiert, ob die Griechen die Währungsunion nicht besser verlassen sollten.**

Dazu sind wir jetzt zu weit verwoben. Es gibt immer Hochkonjunktoren für solche Katastrophen- und Untergangsszenarien. Die Erfolgsgeschichte der Europäischen Integration war immer begleitet davon. Als der Euro geschaffen wurde, gab es einen großen Artikel der bedeutenden internationalen Fachzeitschrift *Foreign Affairs*, die das Scheitern prophezeite.



Roth



**ZUR PERSON**

Professor Werner Weidenfeld (63) gilt als einer der einflussreichsten Politikberater Deutschlands. Seit 1995 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Europäische Einigung an der Universität München und leitet das Centrum für angewandte Politikforschung (C-A-P). Weidenfeld ist Autor zahlreicher Publikationen zur internationalen Politik, zur deutschen Frage und zur Zeitgeschichte. Zusammen mit Professor Wolfgang Wessels (Universität Köln) gibt er das Jahrbuch der Europäischen Integration heraus, dessen 30. Band gerade erschienen ist. Weidenfeld ist Mitglied des *Club of Rome*.

Ende letzten Jahres lautete das Untergangsszenario: der Euro-Dollar-Kurs. Der Euro war ja vor der Krise auf 1,49 Dollar gestiegen. Dann ging er runter auf 1,19 Dollar. Sofort konnten Sie überall lesen: Ende des Euro. Niemand hat dazu geschrieben, dass der Euro bei seiner Einführung bei 0,79 Dollar gestartet war. Bei 1,19 war er auf einmal dem Untergang geweiht. Was soll diese Untergangsrhetorik? Ich frage mich manchmal, ob ich nicht ein Buch über die Geschichte der Irrtümer schreiben sollte. Sie bekommen jeden Tag Material dazu.

**Kein Amerikaner befürchtet das Ende der USA, wenn der Dollar fällt. In Europa schrillen immer gleich die Alarmglocken. Wann wird sich ein europäisches Selbstverständnis entwickeln, das Krisen nicht gleich als Existenzbedrohung interpretiert?**

Das ist ein umfassender Kulturprozess. Sie müssen bedenken: Die Europäer haben über Jahrhunderte eine Geschichte der Kriege, der Katastrophen gespeichert. Jetzt haben sie einige Jahrzehnte, wo es einen historischen Prozess zur Gemeinschaft gegeben

hat. Das andere wird darüber ja nicht sofort vergessen. Gibt es dann irgendwo wieder einen Konflikt, sagt jeder: Das ist ja wie in alten Zeiten.

Als der Euro eingeführt wurde, sagte Bundeskanzler Kohl, das sei eine Frage von Krieg und Frieden. Wenn wir wirklich den Frieden stabil halten wollen, brauchen wir eine gemeinsame Währung. Das ist also durchaus in einem großen historischen Kontext zu sehen. Sie brauchen für die Entwicklung einer stabilen politischen Kultur eine gewisse Zeit. Die europäische Identität wird sich vertiefen. Ich wäre da nicht so ungeduldig. Das ist ein langer historischer Prozess.

**Wen würden Sie heute zu Europa zählen?**

Alles gehört zu Europa, wo die Menschen wie selbstverständlich sagen »Wir Europäer«. Um in die Organisationsform Europäische Union zu kommen, müssen sie allerdings bestimmte Kriterien erfüllen. Ist das der Fall, dann wird die Organisation angepasst. So hat sich die EU vom Europa der sechs zum Europa der 27 entwickelt. Aus meiner Sicht ist heute nicht wirklich zu definieren, wo man die Grenze ziehen und sagen soll:

Stopp, der gehört nicht dazu. Das ist eine Frage der Kulturerfahrung.

**Wenn die Türken sagen »Wir Europäer«, gehören sie also dazu?**

Wenn sie sagen »Wir Europäer« und wenn die Prüfung ergibt, sie erfüllen die Kriterien, dann muss ihnen der Zugang eröffnet werden. Ist das nicht der Fall, dann wird der Zugang nicht eröffnet. Auch das muss klar sein. Ich halte es für einen Fehler der EU-Politik, dass man die Türkei nicht wie eine geostrategische Schlüsselkraft behandelt hat. Hätte man der Türkei zugestanden, mit Europäern, Amerikanern und Russen auf Augenhöhe umzugehen, wäre die ganze Frage des Beitritts entdramatisiert worden.

**Helmut Schmidt beklagt, dass Europa die Führungspersönlichkeiten fehlen. Dank WikiLeaks können wir das jetzt auch nachlesen. Es scheint, als nähmen die Amerikaner die Europäer als machtpolitischen Faktor nicht ernst und spielten sie gegeneinander aus.**

Es gibt eine lange amerikanische außenpolitische Tradition, Europa immer ein wenig zu unterschätzen. Richtig ist auch, dass die Amerikaner kühl Differenzen zwischen den Europäern analysieren und bei der Durchsetzung ihrer Interessen nutzen. Das haben sie immer betrieben, das kann man ihnen auch nicht verwehren.

Das ist die eine Sache. Die zweite Facette: Helmut Schmidt hat Recht, wenn er auf eine Schwäche der europäischen Grundkonstellation hinweist, nämlich den Mangel an strategischen Köpfen. Europa hat immer mal wieder das Glück gehabt, über strategische Köpfe zu verfügen, die große Schritte nach vorn gemacht haben. Das kann man derzeit nicht sagen. Das Europa von heute ist kein Europa der strategischen Köpfe. Im Moment sind wir, positiv gesprochen, in hoffnungsvoller Erwartungshaltung.

**Befürchten Sie, dass Europa auf dem Weg zu einer gemeinsamen Identität irgendwann die Luft ausgehen könnte? Im Moment gibt es etliche Beispiele, dass nationalistische Strömungen an Zulauf gewinnen. Ungarn ist das aktuellste Beispiel.**

Man darf bei einem so komplexen politischen Gebilde mit seinen 500 Millionen Menschen nicht erwarten, dass es eine harmonische Gemeinschaft ist, die zu allen Dingen eine einheitliche Meinung vertritt. Es gibt immer historische Färbungen, die in den einzelnen Ländern mitschwingen. Denken Sie an Le Pen in Frankreich.

**Der sitzt nicht in der Regierung. Da ist Ungarn doch eine andere Qualität.**

Ja, aber die ungarische Regierung sagt ja nicht: Wir müssen raus aus Europa. Und sie sehen am Beispiel Ungarns auch die gestiegene Relevanz Europas. Die EU hat sich nicht auf die Position zurückgezogen: Das Mediengesetz der Ungarn geht uns nichts an, wir halten uns raus. Und das Interessante ist, dass sich die ungarische Regierung zu Korrekturen bereit erklärt hat. Die Entwicklung ist aus meiner Sicht ein gravierendes Problem für Ungarn, aber kein gravierendes Problem der Europäischen Union – solange die EU weiß, dass solche Entwicklungen auch eine europäische Komponente haben, und die EU ihre Funktion als Sachwalter europäischer Werte wahrnimmt. Und das ist im Moment der Fall.

## LESERBRIEFE

### Balken im Auge

**Joachim Paul aus Hamburg zum Beitrag »Schlimmer als der Tod« im Allianz Journal 4-2010:**

Mit großem Interesse habe ich den Artikel »Schlimmer als der Tod« gelesen. Sie sprechen darin die großen Probleme der staatlichen Rentenverpflichtungen in Europa und den USA an und stellen die Situation in der Karikatur sehr plastisch dar. Fast gleichzeitig mit dem Journal erhielt ich – wie alle Allianz Pensionäre – eine Mitteilung von der Allianz Versorgungskasse (AVK), die mir mitteilte, dass die Pensionen für die nächsten fünf Jahre bis 2016 nicht angeglichen werden, was praktisch einer Kürzung gleichkommt. Die Allianz sieht hier den Splitter im Auge der staatlichen Versorgung, nicht aber den Balken im eigenen Auge.

---

### »Konkret und verständlich«

**Christian O. Fischer aus Rottach-Egern über die neue Optik sowie Sprache und Stil des Allianz Journals:**

Zum Inhalt und zur Aufmachung sowie vor allem zur verständlichen Sprache der letzten Ausgabe des Journals möchte ich den Beitragsverfassern und dem Redaktionsteam gratulieren. Die Beiträge waren nicht nur interessant, sondern im Vergleich zu vielen Schriftstücken global arbeitender Konzerne, auch verständlich geschrieben. Selbst das wirtschaftspolitisch so wichtige und zugleich komplexe Thema der »Kapitalausstattung nach Solvency II« wird keineswegs spröde sondern ungemein konkret vorgestellt. Hier ziehe ich meinen Hut.